



BVBB

Bürgerverein Brandenburg-Berlin e.V.

Anerkannt als gemeinnütziger Verein

Parteienunabhängig - für Bürgerrechte

BVBB-Zentrale: Heinrich-Heine-Straße 3-5 · 15831 Mahlow

Telefon: 0 33 79 / 20 14 34 · Telefax: 0 33 79 / 20 14 35

Sprechzeiten: Dienstag & Donnerstag 14.30 - 18.00 Uhr

www.bvbb-ev.de und www.planfeststellungsverfahren.net

INFO 38

Mahlow, im März 2005

Schönefeld: Landesentwicklungsplan verstößt gegen Schönefeld

Planung für Flughafen erneut ohne Grundlage

Wie nicht anders zu erwarten, waren die Schuldigen für die herbe Niederlage von Wowereit, Platzeck, Schönbohm und Stolpe durch Gerichtsentscheidung vor dem Oberverwaltungsgericht (OVG) Frankfurt/Oder (10.02.05) zwei Tage nach Verkündung des Urteils gefunden. Für die Feststellung des Gerichtes, dass der LEP FS rechtswidrig ist und zudem auch noch die Grundrechte nach Grundgesetz Artikel 2 Abs. 2 verletzt, tragen Oberinspektoren/innen und etwas höhere Titel der Gemeinsamen Landesplanungsbehörde von Berlin und Brandenburg die Verantwortung. Jetzt rollten Köpfe! Erstes Opfer: der Leiter der gemeinsamen Landesentwicklungsabteilung (Brandenburg/Berlin) und vormalige Platzeck-Freund, Gebhardt.

Wie schallend die Ohrfeige für die Versager Platzeck, Stolpe, Wowereit, Schönbohm und die sich im Tiefschlaf befindlichen Abgeordneten von CDU und SPD war, zeigt alleine schon die Tatsache, dass das OVG eine Revision gegen seine Entscheidung nicht zulässt. Dreist ist dann auch die Reaktion der Versager: Das Urteil war nicht gegen den Standort, und einen LEP FS brauchen wir auch nicht. Jetzt wird eine „Task force“ eingerichtet, Personal ausgetauscht und aufgestockt und der Planfeststellungsbeschluss rechtssicherer gemacht. Also, koste es was es wolle, weiter so!

Wir informieren, wir diskutieren, wir protestieren!

**Am 16. April 2005 um 14.00 Uhr in der Markthalle,
15831 Schloss Diedersdorf, Am Dorfplatz**

Es sprechen: Ferdi Breidbach, Dr. Herbert Burmeister

Im Anschluss der Veranstaltung gibt es ein buntes Autokorso von Diedersdorf zum Adlergestell/Schönefeld. Erlaubt und erwünscht ist Dekoration der Autos mit allem, was wirksam unseren Protest gegen den Standort BBI zum Ausdruck bringt!

Schamlos wiesen die Politiker, zu denen natürlich auch die Abgeordneten der Parlamente von Berlin und Brandenburg gehören, jede Verantwortung für die Urteilsklatsche weit von sich. →

**SCHÖNEFELD
MIT UNS
NICHT**

Natürlich hat Stolpe vergessen, dass er noch 1996 den Standort Schönefeld für einen Großflughafen als unmenschlich qualifizierte. Da kann dann Platzeck auch nicht vorgeworfen werden, dass er seine Unterschrift unter das Ergebnis seines von ihm zu verantwortenden Raumordnungsverfahrens gesetzt hat, in welchem er den Standort Schönefeld für einen Großflughafen als ungeeignet erkannte. Ganz toll trieb es in jener Zeit die Berliner SPD des Klaus Wowereit. Sie beschuldigte die CDU, dass sie an dem für die Menschen unzumutbaren Standort Schönefeld einen Großflughafen bauen wollte.

Dann schlug 1996 der Blitz in die Köpfe dieser profilierten Schönefeld-Gegner ein. Plötzlich waren alle für Schönefeld, die vor Tagen noch dagegen waren. Konsensbeschluss heißt der Geistesblitz, der alle Figuren der politischen Klasse Berlins, einschließlich der IHK und der Wirtschaftsverbände, erfasste. Heute bekennt auch der frühere Verkehrsminister Meyer (Brandenburg), dass der Landesregierung und dem Berliner Senat die Fachmeinung völlig egal war. Ohne Beachtung der Rechtslage bekamen die duckenden Behördenmitarbeiter den politischen Befehl, ihr Wolkenkuckucksheim, den BBI in Schönefeld durchzusetzen. Ergebnis dieser Pressuren gegen die eigenen Fachleute: Die Politiker sind die begossenen Pudel. Dass einer der Hauptschuldigen an der eklatanten Fehlentscheidung, der kaum noch bekannte ehemalige Regierende Bürgermeister Diepgen zum Ergebnis der Gerichtsklatsche schwafelt: „Entweder die sind dumm...“ (gemeint sein kann nur die Brandenburger Landesregierung) „...oder sie haben Schönefeld bewusst an die Wand fahren wollen“, dürfte dann nur noch Ausdruck politischer Verkommenheit sein.

Der BVBB teilt die Auffassung des Rechtsanwaltes Dr. Siebeck (München), der die Gemeinden zur Klage am OVG vertrat: „Wir können jetzt beruhigter zum Bundesverwaltungsgericht nach Leipzig gehen und dem Ausgang aller Klagen gegen den Planfeststellungsbeschluss entgegen sehen.“ Nun fehlt dem Planfeststellungsbeschluss der Landesregierung von Brandenburg die Planungsgrundlage aus dem LEP FS. Die über 3000 Kläger dürfen gespannt sein, mit welchen Tricks nun weiter aufgewartet wird, um zu retten, was noch zu retten ist. (FB)

Die Märchenerzähler

Wortreich, schwammig, widersprüchlich und die Wahrheit vertuschend erzählt Platzeck nun das Märchen über seine gescheiterte Förderpolitik in den vom Speckgürtel Berlins entfernten, strukturschwachen Regionen Brandenburgs. Geflissentlich verschweigt er, dass alle Projekte, die dem Ziel der „dezentralen Konzentration“ zu Grunde lagen, einen enormen Aufschwung für die Regionen bedeutet hätten. Durch seine Politik, das Kopfnicken der Abgeordneten und die Unfähigkeit seiner Wirtschaftsminister ist alles gescheitert! Milliarden an Fördergeldern liegen nun im Märkischen Sand.

Welch ein Jubel wäre über die Regionen gekommen, wenn die Chemie Premnitz Tausende von Menschen beschäftigen würde, die Halbleiterproduktion und die Chipfabrik in Frankfurt/Oder laufen würden, der Lausitzring mit Formel 1 und anderen gewinnträchtigen Autorennen bedacht würde, in Brand der Cargolifter produziert würde anstatt eines Tropical Islands mit zweifelhaften Erfolgsaussichten, in Sperenberg ein internationaler Großflughafen seinen Betrieb aufgenommen hätte, auf dem ehemaligen Regierungsflughafen der DDR in Neuhardenberg die Billigfluggesellschaften die Berliner und Brandenburger beglückt hätten? Was hätte alles gefördert werden können, wenn nicht schon Hunderte Millionen für die Gesellschafterbeteiligung am Berliner Flughafensystem nutzlos, ohne nur den geringsten Vorteil für Arbeitsplätze und Steuereinnahmen nach Berlin überwiesen worden wären? Ja, dann wäre das Landesentwicklungsprogramm und somit die Entwicklung strukturschwacher Regionen ein Jahrhunderterfolg. Alles durch eigene Unfähigkeit verspielt, Herr Platzeck!

Urplötzlich nun die Erkenntnis, dass die ganze Förderpolitik eine Gießkannenpolitik war, die die Regionen ausgetrocknet hat. Urplötzlich die Erkenntnis, dass die dem Speckgürtel fernen Regionen ein Problem der Überalterung haben, das Förderung nicht mehr rechtfertigt. Dafür wird das Märchen aufgetischt, dass das Wachstum Berlins - welches eigentlich, Herr Platzeck? - und die Dynamik des Speckgürtels soviel abwerfen, dass die strukturschwachen Regionen mehr von diesem Wachstum haben, als bei einer gezielten und dann erfolgreichen Förderpolitik.

Es gibt eine einfache Erkenntnis für das neue Märchen einer gezielten Förderung des Speckgürtels. Die hat der Senat des Oberverwaltungsgerichts Frankfurt/Oder (OVG) am 10 Febr. 2005 ausgesprochen. Im Urteil seiner Entscheidung zu dem nun rechtswidrigen Landesentwicklungsplan Flughafenstandortsicherung (LEP FS) wurde die Wahrheit verkündet. Solange, so das Gericht, das Landesentwicklungsprogramm mit seinen Förderzielen Gesetzeskraft hat, verstößt die Landesregierung von Brandenburg gegen ihr eigenes Gesetz. Sie hätte nämlich bei ihrer politischen Festlegung auf den Flughafenstandort BBI-Schönefeld abwägen müssen, ob nicht nach ihrem eigenen Gesetz z. B. der Standort Sperenberg oder Jüterbog/Ost den Zielen ihres Gesetzes eher entsprochen hätten.

Das war sicher ein Schreck in der Morgenstunde für Platzeck und Co. Das Gericht hat bescheinigt, dass der Standort BBISchönefeld auch aus diesem Grunde scheitern muss, obwohl es sinnigerweise damit keine Entscheidung gegen den Standort gefällt haben wollte. Selbst dem dümmsten Mitglied der Landesregierung musste nun klar sein, dass das Bundesverwaltungsgericht zu keinem anderen Schluss kommen kann, als das OVG Frankfurt/Oder.

Furchtbar für Platzeck und Co, weil schon in Frankfurt/O. die über 3.000 Kläger und die klagenden Gemeinden mit Erfolg den LEP FS zunichte gemacht hatten.

Jetzt gab es für Platzeck nur noch den Weg, über Aufgabe der Ziele der dezentralen Konzentration zu retten, was noch zu retten ist. Darum, und nur darum, muss jetzt eine Förderpolitik für den Speckgürtel her. Sie kann dann auch rechtlich die Milliarden begründen, die für den BBI zu Lasten der strukturschwachen Regionen aus dem Pleitehaushalt bezahlt werden.

Aber damit wird verschwiegen, was der BVBB seit Jahren öffentlich sagt, nämlich dass unter dem Wahnsinn BBI alle nicht zum Speckgürtel gehörenden Regionen, Schulsystem und Kitas, Universitäten und Fachhochschulen, Investitionen der Gemeinden und die Sozialhaushalte leiden werden.

Die Bürger und Gemeinden im Speckgürtel können darum die neuen Ziele, einer Hinwendung von Platzeck zum Speckgürtel, nur als Drohung empfinden. Zum einen müssen sie nun fürchten, dass nun verstärkt alles getan wird, um durch den Neubau von Schönefeld zum Großflughafen auch ihre Zukunft kaputt zu machen. Zum anderen sind die allgemeinen Auswirkungen auf die Entwicklung des Speckgürtels unübersehbar, wenn sich die Versagertruppe um Platzeck jetzt in den Selbstläufer „Entwicklung Speckgürtel“ einmischt. Auf diese Wahrheiten sind dann auch die Medien noch nicht gekommen. Da kann man nur hoffen, dass die Bürger der Not leidenden Regionen Platzecks Märchen zum Anlass eines Aufstands nehmen. (FB)

Wir erhalten viele Anrufe und Briefpost, in denen sich die Bürger über einseitige Berichterstattung der Medien zum Thema „BBI Schönefeld“ beklagen. Dieses Manko liegt sicher nicht an der Öffentlichkeitsarbeit des BVBB. Es gehört auch zur Pressefreiheit, dass der Chefredakteur entscheidet, was wann und wie in sein Medium kommt. Darum lesen Sie, unverfälscht und ungeschminkt, was wir kommentieren und als Pressemeldung herausgeben.

Alles dies und mehr unter www.bvbb-ev.de und www.planfeststellungsverfahren.net.

Vorstand des BVBB neu gewählt!

Auf seiner Delegiertenversammlung am 18. Februar 2005 in Rotberg haben 85 Delegierte des BVBB für die nächsten 2 Jahre ihren Vorstand in geheimer Abstimmung neu gewählt.

Vorsitzender durch Wiederwahl: Ferdi Breidbach (Diedersdorf)

Stellvertretende Vorsitzende durch Wiederwahl: Astrid Bothe (Berlin-Bohnsdorf)

Schatzmeister durch Wiederwahl: Achim Stefke (Berlin)

Beisitzer durch Wiederwahl: Joachim Dräbert (Berlin-Karolinenhof); Klaus Dierke (Eichwalde)

Beisitzer durch Neuwahl: Matthias Stefke (Blankenfelde); Gunnar Suhrbier (Berlin-Müggelheim).

Alle Mitglieder des Vorstandes wurden mit mehr als 90% der Stimmen gewählt. Der neue Vorstand bedankt sich für diesen Vertrauensbeweis und bittet alle Mitglieder und Freunde des BVBB um aktive Unterstützung seiner Arbeit.

Ferdi Breidbach in seinem Rechenschaftsbericht: „Wir werden den Kampf David gegen Goliath bestehen, wenn wir so zusammen arbeiten, wie in den letzten acht Jahren. Unsere Waffen sind unser Recht, unser finanzielles Opfer, unsere Sacharbeit sowie die öffentliche Demonstration gegen das Pleiten-, Pech- und Pannenprojekt BBI Schönefeld. Die Waffen der Politik sind unsere Steuergelder, die gegen uns eingesetzt werden, eine unfassbare Ignoranz gegenüber den Betroffenen durch Lärmterror, Katastrophengefahr und Eigentumsvernichtung, Rechtsverbiegung, Missachtung des Grundgesetzes und politische Machtarroganz. Letztlich werden wir den Kampf gewinnen, weil wir in der Sache Recht haben. Zudem demonstrieren wir „Wir sind das Volk“. Wir lassen unsere und die Zukunft unsere Kinder nicht auf dem Altar politischer Dummköpfigkeit opfern.“

Jobmaschine, neue Arbeitsplätze, Jobwunder ...

Wir können es nicht mehr hören, wir lassen uns nicht mehr veräppeln! Jeder Politiker der uns schaden will, Sozialleistungen kürzt, Hartz IV als notwendiges Opfer der Arbeitslosen proklamiert, hat versagt. Die Zahl der Arbeitslosen steigt.

Da dürfen Platzeck, Wowereit und Ihre politischen Hilfstruppen in SPD, CDU und Johannesen-Roth nicht hinten anstehen. Ihr Harz IV ist das Pleiten-, Pech- und Pannenprojekt BBI-Schönefeld. Dort haben sie schon über 1 Milliarde versenkt, der weitere Milliarden folgen sollen. Alles für ihre Totschlagbehauptung „Wir schaffen Arbeitsplätze“. Wie viel und wann denn? Mal Hunderttausend, mal Zwanzigtausend, dann wieder Vierzigtausend - immer schöne Propaganda. Und wenn sie dann in der Kloake ihres eigenen Sumpfes gelandet sind, geben sie anderen die Verantwortung.

Hört auf mit der Volksverdummung. Es glaubt Euch doch sowieso niemand mehr!

**Unterstützen Sie die ehrenamtliche und gemeinnützige Arbeit des BVBB
durch Ihre Spende auf das Konto-Nr: 7188733004
bei der Berliner Volksbank, BLZ: 100 900 00**

Bitte auf Überweisungsformular deutlich als Spende kennzeichnen. Spendenbescheinigungen werden auf Wunsch entsprechend den geltenden gesetzlichen Regelungen ausgestellt.

**SCHÖNEFELD
MIT UNS
NICHT**